

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 23

**Längerfristiges
Wirtschaftswachstum
und Wirtschaftsplanung
in Österreich**

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1965

Längerfristiges Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsplanung in Österreich

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1965

Längerfristiges Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsplanung in Österreich

Gliederung

	Seite
Historischer Rückblick	3
Kräftiges Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg	5
Ursachen des Wirtschaftswachstums	8
Elemente der Wirtschaftsplanung in Österreich	12
Aspekte des künftigen Wachstums der österreichischen Wirtschaft	19
Österreichs Wirtschaft muß überdurchschnittlich wachsen	
Weniger günstige Aussichten	
Österreichs Zukunft und die Krise der EWG	

Längerfristiges Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsplanung in Österreich

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Vortrag anlässlich eines Internationalen Wirtschaftssymposiums über „Wirtschaftsplanung und Wirtschaftswachstum“, veranstaltet vom Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut in Gösing, Niederösterreich, am 30. September 1965.

Historischer Rückblick

Das längerfristige Wachstum der österreichischen Wirtschaft wich im letzten Jahrhundert einige Male erheblich vom internationalen Wachstumstrend ab. Diese Feststellung ist für die Erklärung des ungewöhnlich kräftigen Wachstums der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und für die Beurteilung ihrer künftigen Wachstumschancen nicht unwichtig.

Zunächst ist zu berücksichtigen, daß Österreich, das Kernland der Habsburgermonarchie, verhältnismäßig spät, erst Mitte des 19. Jahrhunderts, von der Dynamik der Ersten Industriellen Revolution erfaßt wurde. Die meisten westlichen Länder, voran die Schweiz, hatten ihr „take off“ in das moderne Industriezeitalter schon viel früher angetreten. Österreich war jedoch an der Jahrhundertwende auf dem besten Wege, den Rückstand aufzuholen. Zumindest im Zeitraum von 1900 bis 1913, für den es vergleichbare Statistiken gibt, wuchs die österreichische Wirtschaft (in den heutigen Staatsgrenzen) viel kräftiger als die Wirtschaft in allen übrigen westlichen Ländern, einschließlich USA und Kanada.

Langfristiges Wirtschaftswachstum verschiedener Länder

	1860/1913	1913/1938	1938/1963	1913/1963	1860/1963
	Reale Wachstumsraten pro Kopf und Jahr in %				
Japan				3.0	
Schweden	2.4	2.2	2.4	2.3	2.3
Schweiz	2.1 ¹⁾	2.3	2.1	2.2	2.2 ²⁾
Norwegen	1.5	1.9	2.3	2.1	1.8
Dänemark	1.9 ¹⁾	1.4	2.1	1.8	1.8 ²⁾
Österreich	3.1 ¹⁾	-0.4 ³⁾	3.1 ⁴⁾	1.4	1.8 ²⁾
BR Deutschland	1.6	1.4	1.9	1.6	1.6
Kanada	1.8	0.1	2.8	1.4	1.6
USA	1.7	0.2	2.6	1.4	1.5
Großbritannien	1.3	1.2	1.4	1.3	1.3
Belgien	1.3	0.5	2.1	1.3	1.3
Frankreich	1.1	0.6	1.9	1.3	1.2
Holland	0.7	0.8	2.0	1.4	1.0
Italien		1.2	2.6	1.9	
Mexiko				1.9	
Brasilien				1.7 ⁵⁾	
Portugal		0.6	2.8	1.7	
Griechenland		1.4	1.8	1.6	
Indien				0.4 ⁵⁾	

Quelle: L. J. Zimmermann, „Economic Growth, Development and Progress“; Abdruck im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Band 177/2/II, 1965. (W. Wittmann, „Wirtschaftliches Wachstum in reichen und armen Ländern“. Ergänzt und adaptiert mit Hilfe der neuesten OECD- und UNO-Statistiken. Österreichs Daten wurden durch die neuesten Ergebnisse ersetzt.)

¹⁾ 1900/13. — ²⁾ 1900/63. — ³⁾ 1913/37. — ⁴⁾ 1937/63. — ⁵⁾ 1913/61.

Aus Sonderheft Nr. 14, „Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963“, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Wien, August 1965.

In den fünfundzwanzig Jahren vom Ersten Weltkrieg (1914) bis zum Untergang der Ersten Republik (1938) wurde Österreich wieder weit zurückgeworfen. 1918 wurde die österreichische Wirtschaft mit einem Schläge von ihren natürlichen Rohstoff- und Nahrungsmittelquellen ebenso wie von ihren gewohnten Absatzmärkten, die sich mit hohen Zöllen umgaben, abgeschnitten. Alle Bemühungen der Ersten Republik, auf ihrem räumlich beengten Staatsgebiet eine leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen, scheiterten an der hartnäckigen Weltwirtschaftskrise.

Wohl hatte sich in den Jahren 1913 bis 1938 auch in vielen anderen Ländern das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Aber die Wirtschaft war doch überall mehr oder minder beachtlich gewachsen (in den neutralen Staaten Schweiz und Schweden, die vom Ersten Weltkrieg verschont geblieben waren, sogar unvermindert kräftig). Österreich war das einzige Land der Welt, dessen Wirtschaft in diesem Vierteljahrhundert geschrumpft ist: Das österreichische Sozialprodukt erreichte 1937 nur rund 90% von 1913, die Industrieproduktion sogar nur rund 77%; wichtige Industriezweige, wie die Maschinen-, Elektro- und Bauindustrie, produzierten 1937 nur halb so viel wie vor dem Ersten Weltkrieg.

Unter diesen Umständen darf nicht überschätzt werden, daß die Wirtschaft Österreichs von dem tiefen Niveau von 1937 bis heute stärker wuchs als in allen westlichen Ländern. Trotzdem ist der Aufstieg der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg eine erstaunliche Leistung gewesen, die zum besseren Verständnis der Gegenwart und Zukunft etwas näher erklärt werden muß.

Kräftiges Wirtschaftswachstum nach dem Zweiten Weltkrieg

Das österreichische Sozialprodukt, 1945/46 auf die Hälfte der Vorkriegshöhe gesunken, war 1964 fast 2¹/₂mal so groß wie 1937.

Die *Industrieproduktion* insgesamt war 1964 um 270% größer als 1937; wichtige Industriezweige expandierten besonders kräftig: die Metallindustrie konnte ihre Produktion verzehnfachen, die Elektrizitätswerke produzierten neunmal, die Chemieindustrie siebenmal, die Elektro-, Eisen- und Stahlindustrie sechsmal, die Fahrzeugindustrie, Magnetitindustrie, der Maschinen-, Stahl- und Eisenbau sowie die Baustoffindustrie vier- bis fünfmal so viel wie 1937. Verschiedene Industrieprodukte, die heute eine große Rolle spielen, wurden 1937 erst in geringen Mengen oder überhaupt noch nicht hergestellt. Die Förderung von Erdöl z. B. stieg von 33.000 t (1937) auf 27 Mill. t (1964), die Produktion von Traktoren von 110 Stück auf 13.000 Stück, die Produktion von Aluminium von 4.000 t auf 113.000 t. Beispiele für wichtige Industrieprodukte, die 1937 überhaupt noch nicht, 1964 aber in ansehnlichen Mengen hergestellt wurden, sind Düngemittel (11 Mill. t), Kunststoffe (60.000 t), verschiedene Kunststoffwaren (47.000 t), Mopeds (100.000

Stück) und Fernsehgeräte (157.000 Stück). Natürlich gab es auch weniger wachstumskräftige Industriezweige: die Textilindustrie, die Ledererzeugung und Lederverarbeitung, die Nahrungsmittelindustrie, die Papiererzeugung und der Bergbau blieben teilweise weit hinter der durchschnittlichen Industrieexpansion zurück.

Im Grunde nicht weniger erfolgreich als die Industrie war die *Land- und Forstwirtschaft*, obwohl ihr Anteil am Brutto-Nationalprodukt von 14% (1937) auf 9% (1964) sank. In den Zwischenkriegsjahren gehörte die Landwirtschaft in Österreich zu den wenigen Wirtschaftszweigen, die eine positive Wachstumsrate hatten (jährlich durchschnittlich 0,6%). Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Landwirtschaft wie kein zweiter Wirtschaftszweig einen tiefgehenden Umwandlungsprozeß. Aus ihr sind seit 1937 über eine halbe Million Arbeitskräfte (annähernd je zur Hälfte Selbständige und Unselbständige) abgewandert; die Zahl der Landarbeiter schrumpfte von 354.000 (1937) auf 95.000 (1964); die landwirtschaftliche Nutzfläche wurde um 10% eingeschränkt. Trotzdem erzeugte die Landwirtschaft 1964 um die Hälfte mehr als 1937; sie konnte ihre Arbeitsproduktivität mehr als verdoppeln und die Flächenproduktivität um fast zwei Drittel steigern. Diese Leistungssteigerung ist der verstärkten Mechanisierung und Rationalisierung auf dem Lande und dem viel höheren Verbrauch von Kunstdünger zu danken. (Von 1937 bis 1964 ist die Zahl der Traktoren von 1.000 auf 180.000 und die Zahl der Motormäher von 300 auf 110.000 gestiegen, der Einsatz von Kunstdünger war elfmal höher.)

Aber nicht nur Industrie und Landwirtschaft, auch andere Wirtschaftszweige florierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Volumen der *Bauwirtschaft* z. B. war 1964 fünfmal größer als 1937; 1937 war es allerdings weniger als halb so groß gewesen (48%) wie 1913. Einer der expansivsten Wirtschaftszweige war (und ist) der *Ausländer-Fremdenverkehr*; 1964 war die Zahl der Ausländer-Übernachtungen (rund 40 Mill.) sechsmal größer als 1937; pro Kopf der Bevölkerung ist Österreich das vielleicht fremdenverkehrsintensivste Land der Welt. Die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr (1964 fast 16 Mrd. S) erreichen annähernd 40% der Deviseneinnahmen aus den Exporten, decken den chronischen Importüberschuß der Handelsbilanz. Überdurchschnittlich gewachsen sind auch der *Verkehr* und die *Kreditwirtschaft*, in Einklang mit den wachsenden Güterströmen.

Das lebhaftes Wirtschaftswachstum wurde durch eine anhaltend hohe Investitionsrate ermöglicht. Der Index der *Brutto-Anlageinvestitionen* erreichte 1964 die Marke 652 (1937 = 100); 1937 war er halb so hoch wie 1913.

Der *private Konsum* war 1964 mehr als doppelt so groß wie 1937 (+ 115%); 1937 war er kleiner als 1913 (97%). Die Erhöhung der *Real-einkommen*, auch das der Arbeiter und Angestellten, spiegelt sich besonders eindrucksvoll in der besseren Ausstattung der privaten Haushalte mit dauerhaften Konsumgütern.

Ausstattung der privaten Haushalte mit einigen dauerhaften Konsumgütern

	1953	1964
Personenkraftwagen (einschließlich Taxi)	75 000	702 000
<i>davon Unselbständige</i>	14 000 = 20%	434 000 = 62%
Mopeds	25.000	476 000
Elektroherde	115.000	644 000
Heißwasserspeicher	74.000	451.000
Kühlschränke	30 000	881.000
Waschmaschinen	8.000	439 000
Fernsehgeräte	4.000	586 000
Radioapparate (einschließlich Autoradios)	1,661.000	2,238.000

Zusammengestellt vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.

Die *Zahlungsbilanz* Österreichs weist seit der Stabilisierung der Währung im Jahre 1952 Überschüsse aus oder ist, wie in den letzten Jahren, im großen und ganzen ausgeglichen. Der Gold- und Devisenschatz Österreichs ist von 600 Mill. S (Ende 1951) auf mehr als 32 Mrd. S (Ende 1964) gewachsen. Die monetären Reserven entsprechen dem Importwert von acht Monaten und ermöglichen eine relativ liberale Importpolitik.

Schließlich muß erwähnt werden, daß in Österreich seit Jahren nicht nur *Vollbeschäftigung*, sondern Mangel an Arbeitskräften herrscht. 1964 waren von 100 Erwerbstätigen drei arbeitslos (davon vielleicht einer voll arbeitsfähig; nach den viel strengeren Maßstäben der Schweizer Arbeitsplatzvermittlung gäbe es auch in Österreich, ähnlich wie in der Schweiz, nur ein paar Hundert, vielleicht einige wenige Tausend Arbeitslose); 1937 betrug die Rate der Arbeitslosigkeit in Österreich 22%.

Das *Realeinkommen* der Unselbständigen in Österreich ist, über einen realistischen (den tatsächlichen Lebenshaltungskosten entsprechenden) Wechselkurs gerechnet, zwar noch um 20% bis 50% niedriger als in den hochentwickelten westeuropäischen Ländern. Dennoch befindet sich Österreich auf dem Weg zum *sozialen Wohlfahrtsstaat* bereits im Spitzenfeld der westlichen Länder. (Auf diese vom Standpunkt des Wirtschaftswachstums nicht unbedenkliche Erscheinung werde ich im Schlußteil meines Referates, der die künftigen Aspekte des Wirtschaftswachstums behandelt, noch zurückkommen.)

Ursachen des Wirtschaftswachstums

Das kräftige Wachstum der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ist *auf verschiedene Faktoren zurückzuführen*

Zunächst einmal kann die relativ hohe Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 1937 bis 1964 zu einem guten Teil einfach damit erklärt werden, daß Österreich einen großen Rückstand aufzuholen hatte: Den Nachholbedarf zweier verlustreicher Weltkriege und der verheerenden Wirtschaftskrise in den Dreißigerjahren. Österreich war das einzige Land der westlichen und wahrscheinlich der zivilisierten Welt überhaupt, dessen Wirtschaft von 1913 bis 1937 geschrumpft ist. Andererseits war Österreich als Spätling der Ersten Industriellen Revolution an der Jahrhundertwende bis zum Ersten Weltkrieg das mit Abstand wachstumskräftigste Land. Es ist verständlich, daß diese starken Wachstumsimpulse einer Wirtschaft, auch wenn sie jahrzehntelang gehemmt und unterdrückt werden, in einer weltwirtschaftlich und weltpolitisch günstigen Konstellation wieder vehement hervorbrechen.

Im Grunde entscheidend war jedoch das historisch bedeutsame Phänomen, daß die sogenannte „kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ entgegen vielen scharfsinnigen und „todsicheren“ Prophezeiungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zusammengebrochen ist, sondern im Gegenteil eine erstaunliche Lebenskraft entwickelte. Ich weiß, daß viele professionelle Ideologen hinter dieser schöpferischen Evolution des „kapitalistischen Systems“ eine Verschwörung der internationalen „Oligarchien“ vermuten, das teuflische Ränkespiel von Monopolkapitalisten, Finanzmagnaten und Industriekapitänen, einer Handvoll Leute, die hinter der politischen Bühne eigentlich die Fäden ziehen.

So einfach liegen die Dinge nicht! Ich möchte mich hier auf diese etwas simple Deutung des gesellschaftlichen und ökonomischen Ent-

wicklungsprozesses nicht näher einlassen, sondern auf den Hinweis beschränken, daß sich die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung seit langem, aus verschiedenen, oft heterogen scheinenden Ursachen und Wechselwirkungen, in einem dialektischen Umwandlungsprozeß befindet. Wirksam unterstützt von den modernen Wirtschaftswissenschaften und mit Hilfe eines Instrumentariums, das teilweise auch der Planwirtschaft entlehnt wurde, ist es der westlichen Wirtschaftspolitik auf nationaler und internationaler Ebene gelungen, die Produktivkräfte, angefeuert durch rasante technische Fortschritte, in ungeahnter Weise zu entfalten und den Welthandel auszuweiten. Wohl gab es in den letzten 20 Jahren, besonders in den USA, wiederholt mehr oder minder fühlbare „Rezessionen“, im ganzen jedoch erleben wir seit vielen Jahren einen einzigartig langen und mächtigen Konjunkturaufschwung.

Das klingt vielleicht sehr euphemistisch, besonders wenn man weiß, mit welch schwierigen, z. T. befriedigend überhaupt nicht lösbaren Problemen Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftsforscher im Westen ringen; wenn man sieht, wie es trotz allen Bemühungen immer nur sehr unzulänglich gelingt, die prinzipiell gleich wichtigen wirtschaftspolitischen Ziele: kräftiges Wirtschaftswachstum, hohe Beschäftigung, ständig steigender Lebensstandard breiter Schichten, halbwegs Geldwertstabilität und Ausgleich der Zahlungsbilanz, zu erreichen. Und dennoch besteht, wenn man unvoreingenommen die Wirklichkeit betrachtet, kein Zweifel, daß die grundsätzlich über den Markt gesteuerte Wirtschaft in den westlichen Ländern außerordentliche Erfolge erzielt hat, die offenkundig, beweisbar und meßbar sind.

Ich übersehe nicht, daß auch die Wirtschaft der Sowjetunion und mit größerem Abstand auch die Volkswirtschaften in ihrem Herrschaftsbereich große Fortschritte erzielt haben. Wir alle, in Ost und West, sind Träger und zugleich Nutznießer des technischen Fortschrittes, der freilich nur in Wirtschaften mit einem bestimmten ökonomisch-sozialen und politischen Reifegrad nutzbar gemacht werden kann.

Im Zusammenhang mit meinem Thema will ich auch darauf hinweisen, daß der erstaunliche Aufschwung der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg unlösbar mit der ausgezeichneten *Weltkonjunktur*, insbesondere in den westlichen Ländern, verbunden ist. Ohne sie wäre es Österreich, das in hohem Maße vom Außenhandel abhängt, nicht möglich gewesen, seine geistigen und materiellen Produktiv-

kräfte zu mobilisieren, eine andauernd hohe Investitionsrate zu halten und damit kräftig zu wachsen, durch Rationalisierung und Spezialisierung preiswerte und auch international konkurrenzfähige Güter auf den Markt zu bringen und die ökonomisch-soziologischen Strukturen im Sinne einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ständig zu ändern.

Die günstige Weltkonjunktur hätte Österreich jedoch wenig genützt, wenn das Land nicht rechtzeitig durch die generöse *Marshallplanhilfe* in die Lage versetzt worden wäre, seinen durch Kriegs- und Nachkriegseinwirkungen zerstörten oder gelähmten Produktions- und Verkehrsapparat wieder in Gang zu setzen und teilweise auf neue Grundlagen zu stellen. Ohne die großzügige Hilfe der USA, die in Form wertvoller Nahrungs- und Futtermittel, Rohstoffe und Maschinen im Werte von 1 4 Mrd. \$ im Laufe von einigen Jahren, ohne Gegenleistung, gewährt wurde, wäre Österreich höchstwahrscheinlich mit seinen Schwierigkeiten nicht fertig geworden.

Schließlich ist der Aufstieg der österreichischen Wirtschaft auch darauf zurückzuführen, daß die Österreicher nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Staat bejahten.

Die Erste Republik war nicht nur an den objektiven Schwierigkeiten gescheitert, sondern auch daran, daß die Österreicher und ihre politischen Parteien nach dem Zerfall der Donaumonarchie im Grunde nicht an die Lebensfähigkeit Rest-Österreichs glaubten. Obwohl die Geburtsstunde der Zweiten Republik objektiv unter keinem günstigeren Stern stand als die der Ersten Republik, war die innere, seelische und politische Einstellung der Österreicher eine völlig andere geworden. Die leidvollen Erfahrungen mit Klassenkampf und Bürgerkrieg in der Ersten Republik, das gemeinsame Erlebnis vieler Österreicher in den Kerkern und Konzentrationslagern Hitlers, die Schrecken des Krieges und die Demütigungen der Besatzungszeit haben die Österreicher zur Besinnung gebracht und den hohen Wert eines eigenen Staates schätzen gelehrt, haben erstmals ein wenn auch noch nicht sehr kräftiges österreichisches Nationalbewußtsein entstehen lassen.

In dieser Grundstimmung waren die politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessenverbände nach dem Zweiten Weltkrieg spontan bereit, alles Trennende zurückzustellen und in gemeinsamer Anstrengung Staat und Wirtschaft wieder aufzubauen. Die beiden maßgeblichen, annähernd gleich starken politischen Parteien Österreichs, die bür-

gerliche Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs, die zusammen 90% der Wähler hinter sich haben, schlossen sich bereits 1945 zu einer Großen Koalition zusammen, die praktisch seit 20 Jahren, ohne wirksame Opposition, das Land regiert. Ebenso wichtig war, daß auch die einflußreichen Verbände der Unternehmer, der Bauern sowie der Arbeiter und Angestellten als grundsätzlich gleichberechtigte Wirtschafts- und Sozialpartner fruchtbar zusammenarbeiten und die Wirtschaftspolitik maßgeblich beeinflussen.

Während sich die Zusammenarbeit der Interessenverbände im großen und ganzen gut bewährte und interessante Ansatzpunkte für eine Mitbestimmung der Sozialpartner in der Wirtschaftspolitik entwickelt wurden, funktioniert die politische Koalition der Parteien seit dem Österreichischen Staatsvertrag und dem Abzug der Besatzungstruppen vor zehn Jahren mehr schlecht als recht. Vor allem längerfristige, für das künftige Wachstum der österreichischen Wirtschaft wichtige strukturelle Maßnahmen und dringende Reformen unterblieben, weil sich die um den Führungsanspruch in der Regierungskoalition ringenden Parteien nicht einigen konnten. Es besteht zwar weitgehend Übereinstimmung, daß sich die komplizierten konjunktur- und strukturpolitischen Probleme in einer Marktwirtschaft, insbesondere in Österreich, nicht von selbst lösen, sondern einer qualifizierten, längerfristigen Planung und Koordinierung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedürfen. Trotzdem scheiterten bisher alle Bemühungen um eine konzeptive und planmäßig gesteuerte Wirtschaftspolitik am mangelnden politischen Konsens der maßgeblichen Parteien. Die Parteien einigten sich jeweils verhältnismäßig leicht über großzügige sozialpolitische Gesetze (Ausbau der Sozialversicherung auf allen Gebieten, Gewährung wachsender Subventionen unter verschiedenen Titeln u. ä. m.), ohne genaue Vorstellungen über Kosten und Finanzierung sowie Auswirkungen auf das Wachstum der Wirtschaft. Die Parteien konnten und können sich jedoch seit vielen Jahren nicht entschließen, irgend etwas zu unternehmen, das, wiewohl auf längere Sicht lebensnotwendig, vorübergehend mit Friktionen verbunden ist und die Wähler verstimmen könnte, kommt es doch den beiden fast gleich starken Parteien auf jede Wählerstimme an.

Nach diesen etwas kritischen Bemerkungen möchte ich mich den Elementen und der Problematik der Wirtschaftsplanung in Österreich zuwenden.

Elemente der Wirtschaftsplanung in Österreich

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren in keinem westlichen Land die *Voraussetzungen für eine Wirtschaftsplanung* so günstig wie in Österreich, wenn man die vom Marshallplan induzierten Pläne und Ordnungsmethoden sowie den ungewöhnlich hohen Anteil der „Gemeinwirtschaft“ an der gesamten Volkswirtschaft ins Auge faßt.

Große Teile der österreichischen Wirtschaft, darunter wichtige Schlüsselpositionen, waren in den ersten Nachkriegsjahren, unter dem Zwang der Verhältnisse, und weil keine private Hand zur Eigentumsübernahme bereit war, verstaatlicht worden. Alle Parteien, einschließlich der bürgerlichen Volkspartei, die grundsätzlich für das Privateigentum an den Produktionsmitteln eintritt, sahen nach dem Kriege in der Verstaatlichung der Grundindustrien und der Großbanken den einzigen Weg, diese Vermögenswerte, die auf Grund der „Potsdamer Beschlüsse“ als „Deutsches Eigentum“ in die Verfügungsgewalt der Besatzungsmächte geraten waren, für Österreich zu retten¹⁾.

Aber auch ohne diesen triftigen Grund war nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 die Verstaatlichung des „herrenlos“ gewordenen „Deutschen Eigentums“ in Österreich wahrscheinlich der einzige gangbare Weg, die vielfach zerstörten oder demolierten, ihrer Werkzeuge, Rohstoffe und Kohlenvorräte beraubten Industriebetriebe wieder aufzubauen. Nur der österreichische Staat selbst konnte sich damals an die Aufgabe wagen, die aus dem großdeutschen Wirtschaftsraum herausgelösten Industrieanlagen, die teilweise nur einen Torso bildeten, zu einem der österreichischen Volkswirtschaft entsprechenden Industrieorganismus zusammenzufassen und zu ergänzen. Auch die Sanierung der Großbanken, die infolge Entwertung eines großen Teiles ihrer Guthaben vor dem Bankrott standen, war nur mit Hilfe des Staates möglich.

Unter diesen Umständen drängte sich nach den ersten freien Wahlen, die in Österreich bereits im Herbst 1945 stattfanden, die Errich-

¹⁾ Auf Grund der beiden Verstaatlichungsgesetze von 1946 und 1947 wurde fast die gesamte Grundindustrie, d. h. 93% der Grundstoffe (darunter die gesamte Erzeugung, 99% des Roheisens, 95% des Rohstahls, 94% der Braunkohle, 85% der elektrischen Energie und 70% des Aluminiums), die größten Banken (Creditanstalt-Bankverein, Länderbank, Hypotheken- und Creditinstitut) und noch eine Reihe anderer wichtiger Unternehmungen verstaatlicht.

tung eines eigenen *Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung* förmlich auf. In seinem Schoße haben Beamte und sonstige Fachleute die ersten Konzepte für eine mehr oder minder alle Bereiche der österreichischen Wirtschaft umfassende Wirtschaftsplanung entworfen. Die Gedanken kreisten damals um einen „Kernplan“, der die unmittelbar lebenswichtigen Teile der österreichischen Wirtschaft eingehender planen sollte, und um einen „Konstitutionsplan“, der bloß Richtlinien und Orientierungsbehelfe für eine optimale Struktur der Wirtschaft entwerfen sollte. Diese beiden Pläne haben nie greifbare Gestalt gewonnen, aber die Planer selbst haben damals eine Menge gelernt und wichtige Unterlagen für den sogenannten „österreichischen Marshallplan“ zusammengetragen, der unter dem anspruchslosen Titel „Das österreichische Investitionsprogramm 1950/52“ tatsächlich die Grundlage, gewissermaßen die „Magna Charta“ für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde.

Die damalige Wirtschaftsplanung verdient aus verschiedenen Gründen etwas eingehender gewürdigt zu werden:

Erstens, weil es sich bei ihr um den interessanten Versuch handelte, das Prinzip der Wirtschaftsplanung in eine grundsätzlich über den Markt gesteuerte und in hohem Maße vom Außenhandel abhängige Volkswirtschaft einzubauen.

Zweitens ging es bei dieser Wirtschaftsplanung keineswegs um eine blutleere theoretische Spielerei, sondern hinter ihr standen riesige Mittel, Güter im Werte von annähernd 40 Mrd. Schilling, die im Laufe einiger Jahre „in natura“, grundsätzlich auf kommerzieller Basis, in die ausgehungerte und desorganisierte österreichische Wirtschaft gepumpt wurden, wobei die Schillinggegenwerte (Counterpartmittel) für diese Güter über einen sinnvoll konstruierten Kreditmechanismus für die Finanzierung langfristiger Investitionen revolvierend fruchtbar gemacht wurden.

Drittens ist vielleicht bemerkenswert, daß die Heidenarbeit, die hier geleistet wurde: Wirtschaftsplanung und Durchführung, Einkauf und Transport der Marshallplangüter, Finanzierung und Kontrolle, Verhandlungen mit den Marshallplan-Behörden in Wien, Washington und Paris, nicht zuletzt die schwierigen Auseinandersetzungen mit den zuständigen politischen Gremien in Österreich selbst (Parlament, Regierung, Ministerrat, Fachministerien und Interessenverbände) von einem verhältnismäßig kleinen Stab von Fachleuten und Beamten bewältigt

wurde. Hier war eine Institution „sui generis“ am Werk, die sich bescheiden „Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten im Bundeskanzleramt“ nannte; in Wirklichkeit war es ein kleines, straff organisiertes und ziemlich unkonventionell amtierendes „Superministerium“, und sein Chef, Univ. Prof. Dr. *Wilhelm Taucher*, der offiziell nur Beauftragter für ERP-Angelegenheiten hieß, hatte in Wirklichkeit die Funktion eines Bundesministers für wirtschaftspolitische Planung und Koordinierung, und außerdem die eines Außenhandelsministers, der die verschiedenen Verhandlungen mit den Marshallplan-Behörden im In- und Ausland führte.

Der österreichische Marshallplan (das österreichische Investitionsprogramm 1950/52) wurde vom ERP-Büro im Einvernehmen mit den zuständigen Bundesministerien und Vertretern der Wirtschaft erarbeitet, von der österreichischen Bundesregierung genehmigt und schließlich von der Marshallplan-Behörde in Washington gebilligt.

Ich möchte über diesen ersten österreichischen Wirtschaftsplan etwas eingehender berichten, weil die österreichischen Erfahrungen auch für jene Länder in Südosteuropa, die gegenwärtig ihre nationale Wirtschaftsplanung durch marktwirtschaftsähnliche Elemente aufzulockern versuchen, nicht uninteressant sein mag.

Im *allgemeinen Teil* des österreichischen Wirtschaftsplanes werden kurz und prägnant die Grundsätze der Wirtschaftsplanung, das voraussichtliche Investitionsvolumen, die Finanzierung der Investitionen und der Beitrag der Investitionen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz dargelegt.

Im ersten Kapitel wird ausgeführt, daß sich die Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes vor allem von folgenden grundsätzlichen Erwägungen leiten ließ:

1. Das Investitionsprogramm beschränkt sich nicht darauf, die voraussichtlichen verfügbaren öffentlichen Mittel, insbesondere die Counterparts, zu verteilen, sondern versucht, die *gesamte öffentliche und private Investitionstätigkeit* zu lenken und zu koordinieren.
2. Zur Investitionsfinanzierung wird grundsätzlich nur jener Teil der Counterparts verwendet, der ohne Gefährdung der *finanziellen Stabilität* wieder in den Geldstrom eingeschaltet werden kann.
3. Einer gesteigerten *Investitionstätigkeit* soll in den nächsten Jahren vor einer Steigerung des privaten Konsums der *Vorrang* gegeben werden

4. Bei der Verteilung des Investitionsvolumens auf die einzelnen Zweige und Projekte wurden vor allem Investitionen bevorzugt, die kurzfristig, möglichst noch innerhalb der ERP-Periode, sei es durch Steigerung der Exporte oder durch Verminderung des Importbedarfes, direkt oder indirekt (z. B. durch Verbilligung der Vorprodukte exportabhängiger Industrien), die *Zahlungsbilanz entlasten*.
5. Der für die Auswahl der Investitionen oberste Gesichtspunkt — die Größe des Beitrages zu einem möglichst *kurzfristigen Zahlungsbilanzausgleich* — mußte bei der Programmierung *in Einklang* gebracht werden mit der Forderung, begonnene und *bereits weit vorangetriebene Großprojekte* in einem technisch und wirtschaftlich vertretbaren Umfang zu vollenden.
6. Der Investitionsplan ist bemüht, *auch kleinere und mittlere Betriebe* der verarbeitenden Industrien und des Gewerbes zu fördern.
7. Das Investitionsprogramm zielt schließlich auf die Sicherung eines *möglichst hohen Beschäftigungsstandes* ab.
8. Es ist zu berücksichtigen, daß der vorliegende Investitionsplan *vor Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages* konzipiert wurde.

Der *besondere Teil* des österreichischen Investitionsprogramms beschäftigte sich mit der *konkreten Wirtschaftsplanung* in (22) verschiedenen Wirtschaftszweigen: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Holzverarbeitende Industrie, Kohlenbergbau, Energie, Magnesit und sonstiger Bergbau, Eisenschaffende Industrie, Metallindustrie, Elektro- und Kabelindustrie, Eisen- und metallverarbeitende Industrie, Chemische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Zellulose- und Papierindustrie, Glasindustrie, Bau-, Baustoff- und keramische Industrie, Lederindustrie, Eisenbahnen, Post, Öffentlicher Dienst, Straßen und Brücken, Wohnhausbau und Fremdenverkehr.

Für jeden Wirtschaftszweig wurde ein Exposé ausgearbeitet, das systematisch, statistisch möglichst gut fundiert, folgende Punkte erhielt: Grundlagen und allgemeine Bedeutung, bisherige Entwicklung und voraussichtliche Entwicklungschancen, Ziele und Gliederung des Investitionsprogramms, Beschreibung und wirtschaftliche Begründung der einzelnen Investitionsvorhaben, erwartete Auswirkungen auf Produktion und Zahlungsbilanz, Finanzierung und Dringlichkeitsfolge der Investitionen, Sonderprobleme.

Was war das *Ergebnis* dieser Wirtschaftsplanung?

In der vierjährigen Marshallplan-Periode von 1948 bis 1951 (tatsächlich endete die Marshallplanhilfe erst 1955) wurde die *Industrie-*

produktion mehr als verdreifacht, die *Produktivität der Industrie* verdoppelt und das *Volumen der Ausfuhr* vervierfacht, die *landwirtschaftliche Produktion* kam bis auf 90% der Vorkriegsleistung heran, das für Investitionen und Konsum verfügbare *reale Sozialprodukt* wuchs in dieser Periode um 100%, die *Lebenshaltung der Unselbständigen* erreichte fast wieder das Vorkriegsniveau.

Das stürmische Wachstum der Wirtschaft war jedoch von einer bedenklichen *Inflation* begleitet, obwohl die Marshallplanhilfe das Gütervolumen vervielfachte und obwohl sich die Wirtschaftspolitik bemüht hatte, den Auftrieb von Preisen und Löhnen planmäßig, mit Hilfe von fünf Preis-Lohn-Abkommen, die jeweils zwischen Regierung und Interessenverbänden ausgehandelt wurden, einzudämmen. In der Marshallplan-Periode sind die Lebenshaltungskosten und Löhne um nicht weniger als 130% und die Großhandelspreise um 180% gestiegen. Das Geldvolumen wurde von 7 auf 17 Mrd. S und die kommerziellen Kredite von 2 auf 11 Mrd. S ausgedehnt.

Die radikale Kürzung der Marshallplanhilfe und die Stabilisierungstendenzen in der Weltwirtschaft zwangen Ende 1951 zu einer grundlegenden Änderung der österreichischen Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftsplan hatte seine Schuldigkeit getan, das ERP-Büro wurde 1952 sang- und klanglos aufgelöst, seine Agenden (routinemäßige Abwicklung des Investitionsprogramms und der Counterpartfinanzierung, gewisse Kontrollfunktionen) wurden von der Sektion V im Bundeskanzleramt übernommen. Ein denkwürdiger Abschnitt in der Geschichte der österreichischen Wirtschaft war zu Ende gegangen.

Wiewohl ich als Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit 1945 das Getriebe der österreichischen Wirtschaftspolitik aus nächster Nähe kenne und in Personalunion die volkswirtschaftliche Abteilung des ERP-Büros von der Errichtung bis zur Auflösung leitete und so in verantwortlicher und einflußreicher Stellung an der österreichischen Wirtschaftsplanung mitgearbeitet und an zahlreichen Verhandlungen teilgenommen habe, wage ich rückschauend nicht zu sagen, wieviel *dank* und wieviel *trotz* unserer Wirtschaftsplanung erreicht wurde. Das klingt vielleicht zynisch, ist aber ernst gemeint. Im ganzen mögen wir erfolgreich gewesen sein, wahrscheinlich *mußte* Österreich diese Phase der Wirtschaftsplanung durchschreiten. Das Wertvollste von allem mögen leidvolle Erfahrungen gewesen sein. Wir haben die Möglichkeiten und Grenzen der zentralen Planung in der Marktwirt-

schaft kennengelernt. Wie schwierig Voraussagen und damit ein seriöses Planen von oben her in einer dynamischen Wirtschaft sind, erlebte ich eindrücklich beim österreichischen Eisenplan als Teil und Voraussetzung der Marshallplanhilfe. Nach langem Hin und Her hatten wir uns damals auf 1 Mill. t Stahl jährlich geeinigt. Mir schien dieses Ziel sehr optimistisch, hatte Österreich doch im Hochkonjunkturjahr 1929 und im Schatten der Kriegskonjunktur 1937 nur 650.000 t Stahl erzeugt. Tatsächlich überstieg die österreichische Stahlproduktion in den folgenden Jahren 3 Mill. t

Die Erfahrungen haben mich jedenfalls gelehrt, an die Wirtschaftsplanung in der Marktwirtschaft vorsichtig und demütig heranzutreten. Zwei Erkenntnisse scheinen mir vor allem wichtig zu sein:

Erstens, daß man in einer grundsätzlich über den Markt gelenkten Wirtschaft die *konkrete* Planung der Produktion und die Beurteilung der Absatzmöglichkeiten im In- und Ausland möglichst den verantwortlichen Unternehmern und Direktoren überlassen und die Wirtschaftspolitik sich auf die *Rahmenplanung* beschränken sollte. Ihr obliegt die wichtige Aufgabe, die Bedingungen für eine optimale Entfaltung der Produktivkräfte zu schaffen, d. h. für höchstmögliche Mobilität der Produktionsfaktoren und für einen wirksamen Wettbewerb zu sorgen. Nicht zuletzt sollte sie die eigenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Hinblick auf die angestrebten konjunktur- und strukturpolitischen Ziele möglichst widerspruchsfrei koordinieren.

Zweitens möchte ich die Behauptung wagen, daß in der modernen hochentwickelten Industriegesellschaft, in der Eigentum und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zwei ganz verschiedene Dinge sind, die Eigentumsfrage für die Entfaltung der Produktivkräfte bei weitem nicht die wichtigste ist. Das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln kann die Entwicklung der Produktivkräfte ebenso fördern wie hemmen, wofür gerade Österreich tausende Beispiele liefert. Ich vertrete seit vielen Jahren die Auffassung, daß der historisch erklärbare Antagonismus zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft überholt ist und trete für eine sinnvolle Aufgabenteilung und verständige Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft ein. Beide Wirtschaftsformen sind komplementäre Teile einer Wirtschaftsordnung, in der wachsende Wohlfahrt, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Freiheit gleich wichtige Ziele sind. Der Dynamik unseres technischen

Zeitalters mit seinen komplizierten wirtschaftlichen und soziologischen Strukturen, der unaufhaltsamen Zunahme der kollektiven Bedürfnisse sowie der gleichzeitig unverminderten Hochschätzung der Freiheit des individuellen Verbrauches und der Berufswahl, entspricht offenbar am besten ein *Neben- und Miteinander* verschiedener Wirtschaftsformen, eine wechselseitige Ergänzung, Durchdringung und Befruchtung privatwirtschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher Formen und Prinzipien.

Nach diesen Reflexionen möchte ich noch kurz über das weitere Schicksal der Wirtschaftsplanung in Österreich nach Auflösung des ERP-Büros im Jahre 1952 berichten.

Als im Laufe 1951 die mit Hilfe von Preis-Lohn-Abkommen gesteuerte Inflation in eine galoppierende Inflation auszuarten drohte, wurde 1952 die österreichische Wirtschaft auf Grund eines grundsätzlich marktwirtschaftlichen Konzeptes, im Einklang mit den Liberalisierungstendenzen der damaligen OEEC in Paris, stabilisiert. Auch das war Wirtschaftsplanung! Die Stabilisierung der Währung mußte vorübergehend wohl mit stagnierender Produktion und höherer Arbeitslosigkeit bezahlt werden, leitete jedoch eine neue Phase der österreichischen Nachkriegsentwicklung ein. Sie erzwang und ermöglichte eine Anpassung der Produktionsstruktur, Senkung der Kosten, Erhöhung der Produktivität und führte, nach Fixierung eines realistischen Wechselkurses, begünstigt durch die Weltkonjunktur, zu einer sprunghaften Steigerung der Exporte. 1953 fand Österreich den Weg ins Freie, seither wuchs die Wirtschaft ununterbrochen, mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 5,7%, die Zahlungsbilanz ist im großen und ganzen ausgeglichen.

Trotz dem günstigen Wachstumstrend war die österreichische Wirtschaftspolitik nicht der Notwendigkeit enthoben, für einzelne Wirtschaftsbereiche wiederholt längerfristige Wirtschaftspläne zu konzipieren (z. B. für die Energiewirtschaft, Bundesbahnen, Autobahnen, Straßen- und Wohnungsbau, „Grüne Pläne“ in der Landwirtschaft, Kapitalmarktkonzepte für die Investitionsfinanzierung u. a. m.). Ich möchte die vielschichtige und schwierige Problematik der Wirtschaftsplanung nicht vernebeln oder verniedlichen. Zwischen „Wirtschaftsplanung“ in der Marktwirtschaft und „Wirtschaftsplanung“ in der zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft bestehen natürlich wesentliche Unterschiede! Eine fruchtbare Diskussion setzt voraus, daß man sich zunächst über Be-

griffsinhalt und Potenz der „Pläne“ in Ost und West verständigt. Natürlich sind die österreichischen Wirtschaftspläne anderer Art als die russischen. Aber es besteht kein Zweifel, daß sich auch in Österreich, ähnlich wie in allen grundsätzlich über den Markt gesteuerten westlichen Wirtschaften, das Prinzip der Wirtschaftsplanung durchzusetzen beginnt. In allen politischen und weltanschaulichen Lagern beginnt die Erkenntnis zu reifen, daß die verschiedenen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen „planmäßig“, im Sinne von sachgerecht fundiert, logisch, vernünftig, koordiniert und tempiert werden müssen, wobei einer längerfristigen Budgetpolitik, auf der Basis längerfristiger Wirtschaftsprognosen, eine besondere Bedeutung zukommt.

Im übrigen beschränkt sich die Wirtschaftsplanung in Österreich nicht auf mittel- und längerfristige Wirtschaftspläne, die in der Regel auf strukturelle Verbesserungen zielen, sondern umfaßt auch die kurzfristig disponierende Konjunkturpolitik. Durch Verfeinerung des konjunkturpolitischen Instrumentariums und seinen planmäßigen Einsatz soll zwischen Angebot und Nachfrage ein dynamisches Gleichgewicht (anhaltend kräftige Expansion bei größtmöglicher Währungsstabilität) gesichert werden.

Jedenfalls wäre der Aufstieg der österreichischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ohne dieses Minimum an Wirtschaftsplanung unmöglich gewesen; ebenso sicher erfordert aber auch die Lösung der gegenwärtigen und künftigen Probleme der österreichischen Wirtschaft leistungsfähige Wirtschaftsplanung.

Im *Schlußteil* meines Vortrages werde ich einige Aspekte des künftigen Wachstums der österreichischen Wirtschaft behandeln.

Aspekte des künftigen Wachstums der österreichischen Wirtschaft

Österreichs Zukunft hängt in hohem Maße vom *Wachstum seiner Wirtschaft* ab. Nur wenn es gelingt, die produktiven (geistigen und materiellen) Kräfte im Lande optimal zu entfalten, ist es möglich, den ständig steigenden Ansprüchen an das Sozialprodukt gerecht zu werden und die wichtigsten Ziele zu erreichen: Verbesserung des Lebensstandards, erhöhte soziale Wohlfahrt, Fortschritte von Wissenschaft und Forschung, Pflege der Kunst, nicht zuletzt Sicherung der Landesverteidigung.

Nur eine dynamische Wirtschaft bietet der Jugend lohnende Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und verhindert, daß die fähigsten und initiativsten Köpfe abwandern.

Nur auf dem Boden einer gesunden, wachstumskräftigen Wirtschaft kann Österreich wieder geistig-kulturelles Strahlungszentrum im Herzen Europas werden und zur Verständigung der Völker in Ost und West beitragen.

Österreichs Wirtschaft muß überdurchschnittlich wachsen

Diesen Weg kann Österreich nur beschreiten, wenn seine Wirtschaft in den kommenden Jahren *überdurchschnittlich wächst* und den Rückstand gegenüber den hochentwickelten westlichen Ländern langsam aufholt.

Bis 1961 hatte Österreich unter allen westlichen Ländern (neben der Bundesrepublik Deutschland) die höchste Wachstumsrate. In den Jahren 1962 und 1963 blieb Österreich hinter der Entwicklung in den westlichen Industrieländern zurück, 1964 hielt Österreich annähernd wieder Schritt.

Österreichs Wirtschaft muß jedoch rascher wachsen als die Wirtschaft in den anderen westlichen Industrieländern, wenn in absehbarer Zeit der Rückstand aufgeholt werden soll. Selbst ein gleich starkes Wirtschaftswachstum würde nicht genügen! In diesem Falle würden die absoluten Unterschiede größer werden!

Weniger günstige Aussichten

Leider sind die Aussichten für die österreichische Wirtschaft nicht günstig!

Das Wachstum des österreichischen Sozialproduktes auf das Zweieinhalbfache (seit 1937) ist ungefähr zu 15% auf die Vermehrung der *Arbeitskräfte* und zu 85% auf die Steigerung der *Produktivität* (technischer Fortschritt, hohe Investitionen, strukturelle Verbesserungen) zurückzuführen.

Das *künftige* Wachstum der österreichischen Wirtschaft wird jedoch ausschließlich durch *Steigerung der Produktivität* erreicht werden müssen, da die *Zahl der erwerbstätigen Inländer* in den nächsten Jahren bis 1970 um 160.000 oder 4,8% *abnehmen* wird. Das Österreichische

Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, daß das österreichische *Arbeitskräftevolumen* (ausgedrückt in verfügbaren Arbeitsstunden) bis 1970 aus verschiedenen Gründen um 10% kleiner sein wird als 1964: Infolge Überalterung der Bevölkerung, Einführung eines neunten Pflichtschuljahres, längere Ausbildungszeiten, großzügige Frühpensionierungen und längere Urlaube für die Arbeiter.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß Österreich eines der modernsten Sozialversicherungssysteme der Welt besitzt. Seit Einführung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG) im Jahre 1956 ist die Zahl der Sozialversicherungspensionen von 803.000 auf 1 2 Mill. und der Beitrag des Bundes für die Pensionsversicherung von 368 Mill. S auf 4 8 Mrd. S gestiegen. Da die Renten (nicht bloß im Ausmaß der Geldentwertung, sondern des Wirtschaftswachstums) dynamisiert wurden und die Zahl der Erwerbstätigen schrumpft, werden die Leistungen der aktiv Beitragspflichtigen und der Steuerzahler in den nächsten Jahren sprunghaft steigen. Außerdem ist beabsichtigt, auch für die Selbständigen, ähnlich wie für die Lohn- und Gehaltsempfänger, ein umfassendes System sozialer Sicherheit einzurichten und das ASVG entsprechend zu novellieren. Es ist höchste Zeit, zu bedenken, ob auf sozialpolitischem Gebiete nicht bereits der Bogen überspannt wird und eine Entwicklung eingeleitet wurde, die zwangsläufig den Anteil der Investitionen am Sozialprodukt einschränken und damit auch das Wachstum der Wirtschaft dämpfen wird.

Die relativ weniger günstige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft seit 1962 ist nur teilweise auf die *wachsenden Diskriminierungen im EWG-Raum* (die durch verstärkte Exporte in die EFTA nicht wettgemacht werden konnten) zurückzuführen. Der Hauptgrund waren *strukturelle Schwächen*. Infolge rascher Veränderungen der internationalen Produktions- und Bedarfsstrukturen ist die Struktur der österreichischen Wirtschaft nicht mehr so günstig wie in den Fünfzigerjahren (Nachkriegsboom).

Die österreichische Wirtschaft steht daher vor der schwierigen Aufgabe, Arbeitskräfte und Kapital aus minder leistungsfähigen, strukturell notleidenden und defizitären Bereichen und Betrieben in expansionsfähige und zukunftssträchtige umzuschichten.

Dieser Prozeß wird nur unter *zwei Voraussetzungen* gelingen:

Erstens, daß sich der Wettbewerb im Inneren verstärkt, so daß ein für die Betroffenen zwar unangenehmer, für die gesamte Wirtschaft

aber heilsamer Zwang zur Rationalisierung, Spezialisierung, Qualitätsverbesserung, Kostensenkung und Verbilligung der Produkte ausgeübt wird, und

zweitens, daß die Absatzmöglichkeiten auf einem großen und kaufkräftigen Markt verbessert werden.

Beide Voraussetzungen (schärferer Wettbewerb und bessere Exportchancen) müssen erfüllt werden, wenn das Ziel erreicht werden soll. Diese Konstellation ergäbe sich nur bei einer engen Assoziierung an die EWG (wirtschafts- und sozialpolitische Union), nicht aber bei einer nur losen Verbindung mit der EFTA (wirtschaftspolitisch unverbindliche Freihandelszone).

Das ist die Erklärung und Rechtfertigung für die Bemühungen Österreichs um ein Abkommen mit der EWG.

Bleibe Österreich *Außenseiter der dynamischen EWG*, würde seine Wirtschaft zwangsläufig langsamer wachsen, zeitweise vielleicht stagnieren. Die Jugend und hochqualifizierte Kräfte würden in Scharen auswandern (jetzt schon rund 120.000 Österreicher im Ausland), während der Anteil der Pensionisten und Rentner infolge Überalterung sprunghaft stiege. Der Kampf um das Sozialprodukt würde erbitterter geführt werden, staatspolitisch wichtige Aufgaben blieben unausgeführt, die sozialen und politischen Spannungen wüchsen, die Landesverteidigung würde geschwächt, das nationale Selbstbewußtsein und der Wille zur Unabhängigkeit würden gelähmt.

Österreichs Zukunft und die Krise der EWG

Diese Argumentation kann allerdings nur aufrechterhalten werden, wenn die EWG *dynamisch* bleibt. Wie wir wissen, ist sie in eine schwere, an ihrer Wurzel nagende *Krise* geraten, und es ist noch nicht abzusehen, wie der Konflikt zwischen dem extrem nationalistischen Konzept *de Gaulles* und dem bewußt supranationalen Konzept der EWG gelöst werden kann. Von der Lösung dieses Konfliktes hängt es ab, ob die EWG weiterhin dynamischer Motor der europäischen Integration bleibt, oder ob sie zu einem freihandelszonenähnlichen, von nationalen Interessen beherrschten Gebilde verkümmern und erlahmen wird. In diesem Falle könnte ein Abkommen Österreichs mit der EWG nur wenig zur Lösung der strukturellen, wachstumshemmenden Probleme der österreichischen Wirtschaft beitragen.

Aber auch wenn man optimistisch annimmt, daß die Institutionen und Mechanismen der EWG, denen sie hauptsächlich ihre Dynamik verdankt, im großen und ganzen intakt bleiben und ein substantielles Abkommen zwischen Österreich und der EWG zustande kommt, wird Österreich sein Ziel einer überdurchschnittlich wachstumskräftigen Wirtschaft nur erreichen, wenn es selbst größte Anstrengungen in dieser Richtung unternimmt, wenn sich seine verantwortlichen Parteien und Interessenverbände zu einer konstruktiven, planmäßig konzipierten und koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik bereit finden.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle Wien, I., Hoher Markt 9 (Tel. 63 46 66). Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), Wien, IX., Alser Straße 24.